

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2004-10-05

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: PDS-Fraktion/Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Telefon: (0385) 55 74 25 1

**Antrag
Drucksache Nr.**

00243/2004

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

1. Die sich aus fachlicher Sicht aus der Kündigung sämtlicher Rahmenverträge, Standards und Vereinbarungen, einschließlich der kurzfristigen Hilfen zur Erziehung in Schwerin ergeben, aufzuzeigen. Vor der Vorlage in der nächsten Stadtvertreterversammlung ist die fachliche Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses einzuholen.
2. Verbindlich die künftigen Konditionen zur Erbringung der Leistungen im Bereich des KJHG sowohl im Bereich der Hilfen zur Erziehung als auch im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit vorzulegen. Dabei soll der Oberbürgermeister auch konkret über die Umsetzung von Beschlüssen, u.a. zu Modellprojekten wie „fit for life“, zur Schulsozialarbeit unterrichten und einen verbindlichen Zeitplan für den Diskurs mit den Leistungserbringern bzgl. der Neustrukturierung der Jugendhilfe vorzulegen. Vor der Vorlage in der Stadtvertreterversammlung ist die fachliche Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses einzuholen.
3. Detailliert über künftige Haushaltsansätze im Bereich der Jugendarbeit und der Hilfen zur Erziehung, einschließlich einer fachlichen Bewertung der sich daraus ergebenden Folgen zu berichten. Dabei ist eine Form zu wählen, die eine nachvollziehbare Gegenüberstellung der einzelnen Haushaltsansätze aus den vergangenen drei Jahren ermöglicht einschließlich sachdienlicher Erläuterungen. Vor der Vorlage in der Stadtvertreterversammlung ist die fachliche Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses einzuholen.

Beschlussvorschlag

4. Die Vorstellungen der Verwaltung zur Zukunft des Jugendhauses „Dr. K.“ aufzuzeigen. Insbesondere ist dabei auch auf mögliche Alternativen für die im „Dr. K.“ angebotenen Projekte der offenen Jugendarbeit einzugehen. Vor der Vorlage in der Stadtvertreterversammlung ist die fachliche Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses einzuholen.

Begründung

Die Kündigung der Rahmenverträge führt dazu, dass die Qualität der Jugendarbeit in der Landeshauptstadt aus Sicht der Einreicher nachhaltig geschädigt wird.

Die freien Träger müssen vorsorglich ihre Mitarbeiter kündigen, die Aufhebung der Qualitätsstandards gefährdet unmittelbar die Qualität der Jugendarbeit in der Landeshauptstadt. Hier wurden einseitig durch die Stadtverwaltung Schritte unternommen, die nachhaltig die Jugendhilfestrukturen der Landeshauptstadt gefährden. Eine schnellstmögliche fachliche Diskussion zu diesen Sachverhalten ist daher dringend notwendig.

Obwohl die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses von der Verwaltung zu diesem Punkt eine schriftliche Stellungnahme zur letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses forderte, wurde diese nicht gegeben.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Gerd Böttger
Fraktionsvorsitzender

gez. i.V. Dr. Haferbeck
Fraktionsvorsitzender